Allgemeiner Anzeiger

Tageblatt für das Vollme- und Ennepegebiet

Verbreitungsbezirk: Halver, Oberbrügge, Brügge, Schalksmühle, Dahlerbrück, Rönsahl, Kierspe, Kierspe-Bhf., Bollwerk, Vollme, Lüdenscheid, Meinerzhagen, Valbert, Ohl, Kupferberg, Radevormwald, Breckerfeld u. s. w.

Druck und Verlag: Wilh. Bell jr., Halver. Fernsprecher Nr. 42 Amt Halver. Telegramm-Adresse: Anzeiger Halver.

Nr. 11 | — Erscheint wöchentlich 5 mal. — Bezugspreis: monatl. 450.— Mk. ohne Bestellgeld. | Halver Dienstag, den 16. Januar 1923 | Anzeigenpreis: für 1 mm Höhe und 38 mm Breite 15.— Mk., im Reklameteil 1 mm Höhe u. 90 mm Breite 50.— Mk., Offerten-Besorgung 0.— Mk. | 23. Jahrgang

Kleine Zeitung für eilige Leser.

* Der Reichskanzler hielt im Reichstage eine große politische Rede zum Protest gegen die Besetzung des Ruhrgebietes. Der Reichstag nahm einen Vertrauensantrag für die Regierung an.

* Alle zwischen Deutschland und Frankreich schwebenden wirtschaftlichen Verhandlungen sind abgebrochen worden.

* Die Franzosen haben den Vormarsch im Ruhrgebiet weiter ausgedehnt und sind in Bochum eingerückt.

* Der Termin der Fälligkeit der nächsten deutschen Zahlungen ist von der Reparationskommission vom 15. auf den 31. Januar hinausgeschoben worden.

* Amerika und England werden auf die deutschen Proteste gegen die Ruhrbesetzung keine Antwort erteilen, dagegen soll von Sowjetrußland ein Einspruch vorliegen.

Der zerrissene Schleier.

Aus parlamentarischen Kreisen wird uns unterm 13. Januar geschrieben:

Die heutige Sitzung des Reichstages war dazu bestimmt, den Auftakt und die Einleitung zu der nächsten Willenskundgebung zu bilden, mit der Deutschland den frechen Einfall in friedliches deutsches Gebiet beantworten wird. Das Programm lag demgemäß von vornherein fest. In seiner Rede, durch die die Nation noch einmal Auge in Auge vor die vollzogene Tatsache gestellt wurde und die gleichzeitig aus dieser Tatsache die gegebenen moralischen und praktischen Folgerungen zog, unternahm es der leitende deutsche Staatsmann, Reichskanzler Dr. Cuno, allen Selbstbehauptungsinstinkt des deutschen Volkes wachzurufen und Reich und Land zum entschlossensten Widerstande zusammenzuschweißen. Dr. Cuno konnte als verantwortungsbewußter Politiker aber gerade deshalb auch nicht an der Schwere der kommenden Zeit vorübergehen, denn nur, wenn wir uns klar darüber sind, daß es unserer letzten Kräfte bedürfen wird, wenn wir die drohenden großen Gefahren bestehen wollen, können wir darauf rechnen, daß wir uns als Volk und als Staat erhalten. Demgemäß war auch am Vormittag in ernstesten Verhandlungen zwischen den Parteien die Vertrauensformel für das Kabinett Cuno gesucht worden, die nach Lage der Dinge von den nun einmal bei uns vorhandenen parteipolitischen Verhältnissen abhängt. Und eben wegen dieser Parteiverhältnisse ist denn auch leider ein solcher großer Tag im Leben einer Nation selten frei von jedem Mißklang.

Die Reichsregierung hatte im übrigen aufs wirksamste und beste vorgearbeitet. Als der Botschafter Frankreichs dem deutschen Außenminister den Einbruch ins Ruhrgebiet ankündigte, hatte Herr v. Rosenberg sofort erklärt, die Reichsregierung behalte sich ihre Stellungnahme vor. Vielleicht aber hatte Herr de Margerie zu jener Stunde nicht geahnt, daß die deutsche Antwort in dem Stile erfolgen könnte, wie sie ihm am Freitag überreicht worden ist. Man dürfte auch in Paris nicht darauf vorbereitet gewesen sein, daß man in Berlin derartig heftig auf Granit beißen würde. Der Text der deutschen Antwortnote spricht nämlich eine ungemein deutliche und erfreuliche Sprache und wird überall im Auslande das entsprechende Verständnis finden. Die Reichsregierung erklärt nämlich kühl und nachdrücklich, daß sie jetzt den Augenblick für gekommen erachte, wo sie den Schleier herabreißen müsse, mit dem die französische Regierung den wahren Charakter ihres Vorgehens zu verhüllen trachte. Und dann geht es Schlag auf Schlag. Auf die läppische Behauptung Poincarés, daß es sich nur um die Entsendung einer harmlosen Kontrollkommission handelt, wird auf den ungeheuren und ganz kriegsmäßigen Aufwand hingewiesen, mit dem diese Kommission umgeben wird. Dieses Vorgehen habe keinerlei Rechtsgrundlage, es stelle vielmehr die denkbar gröbste Verletzung des Völkerrechtes und des Versailler Vertrages dar. Wenn die französische Regierung wirklich eine Verfehlung festzustellen vermöchte, so könnte als einzige Sühne von Deutschland die Umwandlung der Forderung in Barzahlung verlangt werden. Strafmaßnahmen könnten die Alliierten höchstens in ihrem eigenen Hoheitsgebiet gegen Deutschland durchführen, niemals aber ließe sich ein Einbruch von Truppen in deutsches Gebiet rechtfertigen. Dann wird darauf hingewiesen, in wie lächerlich geringfügigem Umfange die ungeheuren deutschen Leistungen hinter dem Soll zurückgeblieben sind, und den Schluß bildet die Feststellung, daß die Folge des französischen Vorgehens bereits eine weitere katastrophale Vergrößerung des in Deutschland herrschenden Elends verursacht habe, und daß die deutsche Regierung nicht daran denke, unter den jetzigen Verhältnissen weitere Reparationsleistungen durchzuführen.

Man wird abwarten können, welchen Eindruck diese sehr überzeugungskräftige Darlegung in der Welt machen wird. In Frankreich wird man so tun, als ob der Schlag nicht schmerzt, den man unversehens erhalten hat; aber man dürfte wohl inzwischen eingesehen haben, daß in Berlin jetzt ein anderer Wind weht. Heute sind zum erstenmal die französischen Journalisten, die seit dem Tage des Waffenstillstandes vielfach die übelsten und entstellendsten Berichte aus Deutschland heraustelegraphierten, nicht zu der Reichstagssitzung zugelassen worden, und sie haben vermutlich daraus gleichfalls die entsprechende Lehre gezogen. Ferner sind die Kundgebungen des Sonntags ganz dazu angetan, für den entschlossenen Abwehrwillen Deutschlands zu zeugen. Unser Volk ist heute einig in dem unerschütterlichen Entschluß, Frankreich ein „Bis hierher und nicht weiter!" zuzurufen, und in diesem entschlossenen Willen liegt sogleich der innere Willensbeschluß, auch in der sich anbahnenden neuen schweren Zeit die letzte und größte Bewährungsprobe zu bestehen.

In diesem Sinne hat die Reichsregierung auch den Schleier zerrissen, hinter dem sich vor der Welt das wahre Gesicht der französischen Raubpolitik verbarg, und dieser Tag wird sich sicherlich eines nicht zu fernen Tages lohnen.

Protest des Reichstages.

Vertrauensbeschluß für die Regierung.

(286. Sitzung.) eb Berlin, 13. Januar.

Unter dem Zeichen der auf Halbmast gesetzten schwarz-rot-goldenen Flaggen auf den vier Ecktürmen des Reichstagshauses stand die von Ernst und Entschlossenheit getragene Protestkundgebung, zu der sich die deutsche Volksvertretung und die Regierung, die Vertreter der Länder und — so viel Raum die Tribünen nur irgend ließen — die Berliner Bevölkerung heute vereinigten. Wenn das deutsche Parlament außer seiner sachlichen geschäftlichen Arbeit der Gesetzgebung auch die höhere moralische Aufgabe hat, an bedeutungsvollen Tagen in Freud und Leid dem Willen und den Empfindungen Ausdruck zu geben, die die Seele des Volkes bewegen, so sind Reichstag und Kanzler heute dieser Pflicht in vollem Maße gerecht geworden. Der Präsident des Hauses, Abg. Löbe, ist im Laufe der Jahre, in denen er sein Ehrenamt verwaltet, zu einem Meister der würdevollen, ergreifenden Rede geworden, der mit dem eindringendsten Ernst und rückhaltloser Wahrheitsliebe das Wesen einer solchen Schicksalsstunde in kurzen Sätzen trifft und die Hörer so in seinen Bann zwingt, daß heute mitten während seiner Rede ohne irgendwelche äußere Anregung das ganze Haus sich aus innerem Antriebe von den Plätzen erhob und seinen Präsidenten stehend anhörte. Auch dem Kanzler Dr. Cuno merkte man es heute an, wie stark ihm selbst die Tragik der Ereignisse ergriff, über die er sprechen sollte. Weit eindringlicher, mit viel stärkerer, innerer Erregung sprach der sonst so kühle und zurückhaltende Politiker von dem unerhörten Rechtsbruch des Gegners, von der Freiheit und dem Recht, die unser Ziel, und von der Einigkeit, die der Weg zu diesem Ziele sein soll. Wir stehen allein in der Welt, aber gerade deshalb soll der Nachhall dieser im Namen der ganzen Nation gesprochenen Worte, die mehr als Worte, die ein entschiedener Wille sind, im Volke weiter wirken und uns für den Leidensweg, der vor uns liegt, fest zusammenschmieden.

*

Sitzungsbericht.

Der Beginn der auf 2 Uhr anberaumten Sitzung verzögerte sich einige Zeit, dann eröffnete Präsident Löbe die Sitzung mit einer Ansprache, die von den anwesenden zahlreichen Reichstagsmitgliedern stehend angehört wurde.

Die Ansprache des Reichstagspräsidenten.

Der Reichstag soll heute Stellung nehmen zu einem empörenden militärischen Gewaltstreich. An die von ihm zunächst betroffenen Landsleute an der Ruhr richte ich die Mahnung, in diesen Tagen mit Festigkeit und Treue, mit Stolz und Würde aufrecht zu stehen, wenn auch äußerlich geknechtet, so doch innerlich frei. Vor der Welt erklären wir, dieser Streich, der geführt wird gegen die Freiheit eines Landes, gegen Freiheit und Recht seiner Bewohner wird seinen Stachel nicht nur gegen uns tragen, sondern gegen alle, die eine ruhige Entwicklung wollen. Er wird die verhängnisvollsten Folgen haben für die Allgemeinheit. Am Schluß seiner Worte richtete der Präsident an das französische Volk die Mahnung: „Haltet ein und macht das Unrecht rückgängig, das ihr gegen uns begangen habt, sonst werdet ihr selbst und eure Nachkommen die Folgen tragen."

Die Rede des Reichstagspräsidenten wurde mit allgemeinem Beifall aufgenommen. Es folgten einige geschäftliche Mitteilungen, wobei der Präsident des Hauses auch der zahlreichen Opfer des oberschlesischen Grubenunglücks gedachte. Nun erhielt das Wort

Reichskanzler Dr. Cuno:

Der Kanzler sprach wieder von seinem Platze, nicht von der Rednertribüne. Er schilderte zunächst unter lebhaften Pfuirufen der Mehrheit des Hauses das bewaffnete Einrücken der französisch-belgischen Besatzungsarmee ins Ruhrgebiet. Dieser bewaffnete Einfall, so fuhr er fort, der unternommen wurde gegen ein Land und ein Volk, das seine Entwaffnung durchgeführt hat und friedlicher Arbeit nachging, das nicht daran denken konnte und nicht daran gedacht hat, den bereitgestellten französischen und belgischen Armeen auch nur einen Mann oder ein Gewehr entgegenzustellen. Unter lebhaftem „Hört, hört!" wies der Kanzler darauf hin, daß zwei Tage, nachdem diese Armee bereits in Marsch gesetzt war, die Reparationskommission erst das angebliche schuldhafte Versäumnis Deutschlands in der Kohlen- und Holzlieferung festgestellt hat. Dieses Vorgehen stützt die französische Regierung auf den Vertrag von Versailles, der vor drei Jahren unterzeichnet wurde, um an die Stelle des Krieges einen festen, gerechten und dauerhaften Frieden zu setzen. Das deutsche Volk hat sich ehrlich bemüht, bis zur Grenze seiner Leistungsfähigkeit die Vertragsbedingungen zu erfüllen.

Ich frage die Welt, ob jemals ein Volk mehr geleistet hat, mehr hat leisten können, das ganze vier Jahre hindurch durch Absperrung vom Weltverkehr und durch die Not des Krieges entnervt und entkräftet war. Wie kann da Herr Poincaré in seiner Kammerrede erklären, er könne nicht mehr auf falsche Versprechungen Deutschlands eingehen?

Der Reichskanzler schilderte die verschiedenen von Deutschland unternommenen und von Frankreich abgelehnten Versuche zur Durchführung der Reparationsnote vom 14. November. Deutschland hat wirtschaftlich alles tun wollen, um die Reparationen durchzuführen. Die französische Regierung aber hat sich bei ihren Maßnahmen nur von machtpolitischen Gefühlspunkten leiten lassen.

Für angeblich fehlendes deutsches Schnittholz und für angeblich fehlende Telegraphenstangen unternimmt Herr Poincaré eine militärische Aktion, die unabsehbare Kosten verursacht und in der verhängnisvollsten Weise die zur Reparation erforderlichen Mittel unproduktiven Zwecken zuführen muß. Die Worte Poincarés können die Realität der französischen Soldaten und Waffen im Ruhrgebiet nicht hinwegtäuschen.

Der Reichskanzler kritisierte im Anschluß hieran die von Herrn Poincaré für seine Haltung vorgebrachten Gründe und erklärte, es steht fest, Recht und Vertrag sind durch den Einmarsch der Truppen ins Ruhrgebiet gebrochen worden. (Lebhafte Zustimmung bei der Mehrheit. Zurufe bei den Kommunisten: „Das haben sie von Euch gelernt!" Lebhafte Pfuirufe der Mehrheit und Rufe gegen die Kommunisten: „Raus mit den Lumpen!".) Es handelt sich bei der jüngsten Aktion der französischen Regierung nicht um Reparationen, sondern um die schon von Ludwig XIV. eingeleitete und auch von seinen republikanischen Nachfolgern fortgesetzte

brutale Expansionspolitik, die das Rheinland dauernd von Deutschland losreißen will.

Wir gedenken treu und tief der Landsleute, die jetzt unter der Besatzung seufzen. Höher aber als alle Vertiefung in das Leid steht uns der tätige Wille, es zu überwinden. Wir richten an alle Volksgenossen gerade jetzt dringend und nachdrücklich die Mahnung zur äußersten Besonnenheit, denn jeder unbesonnene Schritt eines einzelnen kann die verhängnisvollsten Folgen für die Allgemeinheit haben.

Die deutsche Regierung erhebt gegen die Gewalt, die hiermit einem wehrlosen Volke angetan wird, vor der ganzen Welt feierlich Protest. Sie kann sich gegen diese Gewalt nicht wehren, ist aber nicht gewillt, sich dem Friedensbruch zu fügen oder gar wie ihr zugemutet wird, bei der Durchführung der französischen Absichten mitzuwirken. Die Verantwortung für die entstehenden Folgen fällt allein auf die Regierungen, die den Einmarsch befohlen haben.

(Zurufe bei den Kommunisten: „Und auf Cuno." Stürmische Gegenrufe bei der Mehrheit.) Solange der vertragswidrige Zustand besteht, soll keine Hand im deutschen Volke sich rühren, um diese Maßnahmen zu unterstützen. Es ist bitter wenig, was wir der Gewalt äußerlich entgegensetzen können, was wir ihr innerlich entgegensetzen können, ist mehr. Es ist der Wille und Entschluß, in diesen schweren Tagen unerschütterlich an der Einigkeit des Reiches festzuhalten. Die anderen Völker werden erkennen, daß Friede und Versöhnung nicht gedeihen können, wenn hier die Gewalt über das Recht siegt. Aber ich richte keinen Appell an die anderen Völker, denn ich weiß, daß mehr als jemals über den Geschicken der Völker und Nationen harte Interessenfragen walten. Zunächst stehen wir allein. Wir wollen die Sammlung aller Seelenkräfte, wir können sie aber nur erreichen, wenn jeder bereit ist, sein Äußerstes hinzugeben. (Beifall bei der Mehrheit. Zurufe bei den Kommunisten: „Ihr Heuchler!")

Wir fühlen uns als Träger eines Rechtes, das nicht stirbt. Unrecht, Not und Entbehrung ist heute unser Geschick. Rechtsfreiheit und Freiheit ist unser Ziel, Einigkeit unser Weg.

(Stürmischer Beifall und Händeklatschen bei der Mehrheit.)

Der Vertrauensbeschluß.

Abg. Dr. Stresemann (D. Vp.) gab nach Schluß der Kanzlerrede eine Erklärung im Namen sämtlicher bürgerlichen Parteien ab, in der betont wurde:

„Wir sehen in diesen Vorgängen nichts anderes als einen brutalen Versuch der Ausführung langgehegter französischer Ziele. Frankreich will das Rheinland von Deutschland losreißen und die Wirtschaft des Ruhrgebietes rauben. Gegen diese Vergewaltigung des deutschen Volkes, deutschen Bodens und deutscher Wirtschaft, gegen diesen Bruch geschriebener und ungeschriebener Verträge rufen wir das deutsche Volk und die Gewissen der Völker zum Widerstande auf."

Abg. Müller-Franken (Soz.) stimmte im allgemeinen der Regierungserklärung zu, nannte die Besetzung des Ruhrgebietes einen militärischen Gewaltakt und den Hinweis Frankreichs auf die Ingenieurkolonne bezeichnete er als widerliche Heuchelei. Die deutschen Sozialisten, fuhr er fort, sind stets gegen alle imperialistischen Abenteuer aufgetreten, auch von deutscher Seite. Besonders bedauern wir, daß Belgien an der französischen Gewalttat teilnimmt. Mit Schmerz sehen wir jetzt, daß es, nachdem es die Sympathien der ganzen Welt erworben hatte, den Boden des Rechts verlassen hat. Alle Volksgenossen im besetzten Gebiete würden die Treue zu Deutschland bewahren. Zum Schluß forderte der Redner Maßnahmen gegen die über den Dollar hinausgetriebene Preissteigerung.

Ferner sprachen noch der Abg. v. Graefe (Deutschv. Freiheitsp. und Abg. Froelich (Komm.), die ihren Parteistandpunkt vertraten. Nunmehr begann die Abstimmung und mit überwältigender Mehrheit wurde der folgende Vertrauensbeschluß angenommen:

„Der Reichstag billigt alle zweckmäßigen Maßnahmen der Regierung und ist bereit, sie bei allem, was sie zur Abwehr des französischen Rechtsbruchs unternimmt, zu unterstützen."

Für den Antrag wurden 283 Stimmen abgegeben, 12 dagegen bei 16 Enthaltungen.

Vormarsch auf Bochum.

Beratung mit den Grubendirektoren.

Die Franzosen haben ihren Vormarsch im Ruhrgebiet fortgesetzt und sind nun auch in Bochum mit einigen Vortruppen eingezogen. Eine Anzahl Direktoren der bedeutendsten Gruben des Gebietes sind auf Grund einer Aufforderung des Präsidenten der Kontrollkommission mit diesem in Essen zu einer Konferenz zusammengetreten. Die Generalbetriebsverwaltung der Reichsbahn, der die Kohlenverteilung untersteht, ist von Essen nach Elberfeld verlegt worden.

Die Besatzungsbehörde hat die Trauerkundgebung in den Schulen des besetzten Gebietes verboten. In Steele wurde die von den Besatzungstruppen aufgezogene französische Fahne bereits nach einer Stunde herabgerissen und zerfetzt. Der Bürgermeister hat sich bei dem Kommandanten entschuldigen müssen und einen Aufruf an die Bevölkerung, der vor Exzessen warnt, anschlagen müssen. Der Proteststreik, der für Montag geplant war, wird nicht im ganzen Reiche, sondern nur im Ruhrgebiet eine halbe Stunde lang durchgeführt werden. Die Leitung des Bergarbeiterbundes Großbritanniens hat eine Entschließung angenommen, in der Protest gegen das Eindringen der Franzosen ins Ruhrgebiet erhoben wird.

Amerika und England werden den deutschen Protest nicht beantworten und weiter abwarten, dagegen hat die Sowjetregierung den alliierten Regierungen eine Note übersandt, in welcher scharfer Protest gegen die militärische Besetzung des Ruhrgebiets durch die Franzosen und Belgier eingelegt wird.

Das Moratorium um 14 Tage verlängert

Neue Pfänderforderungen.

Die Reparationskommission hat beschlossen, den Termin für die deutschen Zahlungen vom 15. auf den 31. Januar hinauszuschieben. Bei dem französischen Projekt handelt es sich um die Verwaltung der deutschen Grenzzölle, ohne zwischen dem Rheinland und dem übrigen Deutschland einen Grenzkordon zu ziehen. Ferner soll auf Konto der Alliierten dieselbe deutsche Steuer erhoben werden, die heute das Reich aus der Kohle ziehe. Dieses Kohlenpfand könne jährlich mindestens 200 Millionen Goldmark einbringen. Die Zölle brächten 180 und die Wälder 400 Millionen Goldmark: dazu kämen weitere 400 Millionen der Naturallieferungen an Kohle und Holz.

Alle deutschen Länder einig!

Die Reichseinheit über alles.

In der Versammlung der Staats- und Ministerpräsidenten der Länder in Berlin gab der Reichskanzler ein Bild der allgemeinen Lage und ging im besonderen auf die rechtswidrige Besetzung des Ruhrgebiets ein. Bei der Aussprache billigten die Vertreter der Länder einmütig das Verhalten der Reichsregierung. Dabei gab der

bayerische Ministerpräsident

eine Erklärung ab, in der er sagte: Die feste Haltung der Reichsregierung wird, wie wohl in allen deutschen Landen, so auch in Bayern, freudige Zustimmung und Unterstützung finden. Heute geht es um die Würde der Nation, um Deutschlands Zukunft, Rettung und Freiheit. In dieser Stunde der höchsten Gefahr ist es für alle deutschen Stämme selbstverständliches Gebot, sich um die Reichsregierung zu scharen und ihr auf ihrem schweren Gange heute zur Seite zu stehen. Das bayerische Volk ist bereit, im Kampfe gegen die Schmach, die französische Herrschsucht und Raubgier uns antun will, und in der Zurückweisung des unerhörten Zwanges, der unserem wehrlosen Volke auferlegt wird, mit der Reichsregierung bis zum Letzten durchzuhalten. Heute darf es in allen deutschen Landen nur eine Losung geben: Deutschlands Zukunft und Gedeih, die Reichseinheit über alles!

*

Innere Maßnahmen.

Im weiteren Verlauf der Versammlung wurde die innerpolitische und die wirtschaftliche Lage besprochen, wobei der Reichswirtschaftsminister die von der Reichsregierung geplanten Maßnahmen gegen Luxus und Schlemmerei zur Kenntnis gab. Die betreffenden Gesetzentwürfe werden, ebenso wie diejenigen, die sich gegen die Auswüchse im Handel mit edlen und unedlen Metallen richten, den gesetzgebenden Körperschaften mit größter Beschleunigung zugehen.

Politische Rundschau.

Deutsches Reich.

Schwere Erkrankung des Botschafters Dr. Mayer.

Der deutsche Botschafter in Paris, Dr. Mayer, ist von Paris direkt nach München gereist, ohne vorher noch in Berlin Bericht zu erstatten. Diese Handlungsweise hat bei einigen Zeitungen Anlaß zu scharfen Angriffen gegeben. Es muß demgegenüber festgestellt werden, daß Dr. Mayer schon seit längerer Zeit schwer krank ist, und daß er schon lange die Absicht hatte, von seinem Posten zurückzutreten. Dr. Mayer leidet an schweren Magenblutungen, und die Pariser Ärzte hatten dringend abgeraten, jetzt zu reisen. Dr. Mayer hat bis zuletzt auf seinem Posten ausgehalten und ist, entgegen dem Rat der Ärzte, der Weisung der Reichsregierung gefolgt. Er ist dann direkt nach München gereist, wo er in einer Heilanstalt daniederliegt.

Die Gewerkschaften zur Teuerung.

Die Besprechungen der Regierung mit den Gewerkschaften zur Abwehr der nahenden neuen Teuerungswelle haben begonnen. Unter anderen schon früher von den Gewerkschaften an die Regierung gerichteten und bereits bekannten Forderungen zur Linderung der wirtschaftlichen Notlage wird bei den neuen Verhandlungen von den Gewerkschaftsvertretern besonders die Frage der Stabilisierung der Preise in den Vordergrund gestellt. Die Gewerkschaften dringen darauf, daß etwas getan wird, um der Teuerungswelle zu begegnen.

Reform des Geschichtsunterrichts an höheren Schulen.

Der preußische Minister für Wissenschaft, Kunst und Volksbildung veröffentlicht einen Erlaß, der die Schaffung neuer Geschichtsbücher für den Unterricht an höheren Schulen im freien Wettbewerb bezweckt. Nur was geschichtlich wirksam geworden ist, soll aufgenommen werden und die Wahrung der geschichtlichen Wahrheit allem anderen vorausgehen. Anträge auf Genehmigung vorgelegter Werke sind bis zum 1. Juli 1923 an den Minister zu richten, die Einführung der neuen Bücher ist Ostern 1924 in Aussicht genommen.

Rumänien.

× **Verwicklungen auf dem Balkan.** An der ungarisch-rumänischen Grenze bei Großwardein kam es zu wiederholten Angriffen regulärer Streifposten auf rumänische Zollbeamten und Grenzgendarmen. Die rumänische Regierung forderte in Budapest Aufklärung und setzte dafür eine Frist fest. Eine Protestnote der Kleinen Entente steht ebenfalls bevor. Gleichzeitig werden bulgarische Bandenübergriffe aus dem Dobrudschagebiet gemeldet.

Nordamerika.

× **Britisch- und Französisch-Indien für die Vereinigten Staaten.** Im Senat zu Washington erklärte der Senator Reed, es sei notwendig, daß die Vereinigten Staaten Britisch- und Französisch-Westindien erhielten, und zwar mit Rücksicht auf die Sicherheit des Panama-Kanals. Er brachte eine Resolution ein, in der die Regierung ersucht wird, Verhandlungen in diesem Sinne zu eröffnen. Die Vereinigten Staaten haben mit Dänemark und Frankreich schon wiederholt wegen des Kaufs der westindischen Kolonien dieser Länder erfolglos verhandelt. Es ist nicht bedeutungslos, daß der Imperialist Senator Reed in diesem Augenblick das Problem der Amerikanisierung der Antillen aufwirft.

Aus In- und Ausland.

Berlin. Auf Grund des Gesetzes zum Schutze der Republik ist vom preußischen Minister des Innern der Nationalverband Deutscher Soldaten mit dem Sitze in Berlin verboten und für aufgelöst erklärt. Als Grund werden heimliche Versammlungen, Waffentragen, Beschimpfungen der Regierung usw. angegeben.

Berlin. Der Reichsrat hat die Neuregelung der Beamtenbesoldung für Januar angenommen. Die Zahlung der neuen Erhöhungen soll an einem noch zu bestimmenden Termin stattfinden, der auch den Ländern so rechtzeitig mitgeteilt wird, daß dort die Zahlung gleichzeitig mit dem Reich erfolgen kann.

Berlin. Die diesjährige Landwirtschaftswoche soll vom 12. bis 24. Februar in Berlin abgehalten werden.

Wien. Nach einem im Nationalrat eingebrachten Gesetzentwurf soll in Deutsch-Österreich am 28. Februar eine Volkszählung vorgenommen werden, die zu den Vorbereitungen für die Neuwahlen erforderlich ist.

Prag. Dem tschechoslowakischen Finanzminister Dr. Raschin, auf den kürzlich ein Revolverattentat begangen worden ist, geht es etwas besser. Die Ärzte haben festgestellt, daß noch eine Kugel in den Knochen des Rückgrats festsitzt, und daß das Rückenmark verletzt ist, sodaß beide Beine gelähmt sind.

Gefecht um die Stadt Memel.

Das Werk eines amerikanischen Industriellen.

Berlin, 14. Januar.

Die über die Grenze gekommenen litauischen Freischärler unternahmen einen Vorstoß auf die Stadt Memel, wurden aber in einem kurzen Gefecht von der französischen Besatzung mit blutigen Verlusten abgewiesen. Die litauische Regierung hat in Erwiderung englischer und französischer Proteste erklärt, daß sie die Bestrebungen der litauischen Patrioten verstehe, aber nicht für den Einfall verantwortlich sei. Sie werde Maßnahmen treffen, um die Grenze zu schützen. Die Telephon- und Telegraphenverbindungen nach Memel waren zeitweilig unterbrochen, da die Litauer den Draht zerschnitten hatten. Der Paket- und Wertbriefverkehr mit dem Memelgebiet ist eingestellt, da die Eisenbahnen unterbrochen sind. Es soll die Entsendung englischer und französischer Kriegsschiffe beabsichtigt sein. Aus Riga meldet die „Chicago Tribune": „Die Besetzung des Memeler Distrikts durch 8000 gut organisierte und bewaffnete Litauer ist das Werk eines litauisch-amerikanischen Großindustriellen, Sticklorus, der in Amerika große Reichtümer erworben hat und auch die ganze Propaganda zugunsten einer Annexion des Memeler Gebiets durch Litauen bezahlt."

Lokales und Provinzielles.

Halver, 16. Januar 1923.

□ **Zur Erhöhung der Eisenbahnfahrpreise am 1. Februar.** Gleichzeitig mit der bekanntgegebenen hundertprozentigen Erhöhung der Personen- und Gepäcktarife ab 1. Februar wird die Entfernung für die Berechnung der Mindestfahrpreise sowohl für die Einzel- als auch für die Zeitkarten von 11 Kilometer auf 9 Kilometer herabgesetzt. Die Erhöhung um 100 % erstreckt sich auch auf die Schnellzugszuschläge, die Militärfahrpreise und die sonstigen Gebührensätze. Die Gepäckfracht beträgt vom 1. Februar 1923 ab 2 Mark für je 10 Kilogramm und 1 Kilometer. Die Mindestfracht wird ebenfalls verdoppelt, also auf 200 Mark festgesetzt.

—* Aus Anlaß des nationalen Trauertages de völkerrechtswidrigen Vorgehens der Franzosen durch Besetzung des Ruhrgebietes, hatten die öffentlichen Gebäude am gestrigen Sonntag Halbmast geflaggt. In den Kirchen fand ebenfalls eine Trauerkundgebung statt. Die Schulen hatten am Samstag in der dritten Unterrichtsstunde eine Trauerstunde abzuhalten und die Kinder auf die Schandtat der Franzosen hinzuweisen.

+ **Halver,** 15. Jan. Die Gewerbliche Mittelstandsvereinigung für den Amtsbezirk Halver hielt am gestrigen Nachmittag ihre Jahres-Hauptversammlung ab, die sich eines guten Besuches zu erfreuen hatte. Kurz nach 4 Uhr eröffnete der Vorsitzende die Versammlung, hieß die Versammelten willkommen und machte Mitteilung von der rechtswidrigen Besetzung des Ruhrgebiets durch die raubgierigen Franzosen, mahnte zu festem Zusammenhalten in dieser schweren Zeit, sich durch nichts beirren zu lassen und ruhige Nerven zu behalten. Der gewerbliche Mittelstand sei stets die beste Stütze des Staates und der Kommunen gewesen und so sollte es auch weiter bleiben. Anschließend erstattete der Schriftführer Ad. Welter den Jahresbericht. In 5 Vorstandssitzungen und 4 Versammlungen sind die Geschäfte der Vereinigung beraten und zur Erledigung gebracht worden. Die Mitgliederzahl der beiden Gemeinden Halver und Schalksmühle beträgt rund 280. Der Schriftführer lenkte am Schluß seiner Ausführungen seine Blicke gleichfalls auf die Besetzung des Ruhrgebiets und rief die Versammelten zu flammendem Protest auf gegen das völkerrechtliche Vorgehen der Franzosen. Den Kassenbericht des ersten Geschäftsjahres erstattete der Kassierer Chr. Weltecke und konnte einen Ueberschuß auf der Sollseite als gebucht melden. Zu Rechnungsprüfern für das Jahr 1923 wurden gewählt die Herren Helferich und Fastenrath. Der Beitrag für das erste Halbjahr 1923 wurde 100 Mk. festgesetzt. Nach Prüfung der Rechnung konnte dem Kassierer Entlastung erteilt werden, auch wurde demselben der Dank für die korrekte Kassenführung seitens des Vorsitzenden ausgesprochen. Bei der nun folgenden Vorstandswahl wurden die ausscheidenden Mitglieder sämtlich wiedergewählt, an Stelle des zweiten Vorsitzenden, der eine Wiederwahl ablehnte, wurde Herr Ernst Fingerhut gewählt. Nachdem der Vorsitzende den inzwischen eingetroffenen Syndikus des Handwerks- und Gewerbeamts Lüdenscheid Herrn Dr. Linnartz begrüßt hatte, erteilte er demselben das Wort zu dem übernommenen Referat über Mittelstandsfragen. Referent entledigte sich seiner Aufgabe aufs glänzenste. In recht klarer und verständlicher Weise erläuterte Redner die Nöte und Aufgaben des gewerblichen Mittelstandes und wies auf drei Punkte hin, die zu erstreben Aufgabe der Organisationen sei. 1. Beteiligung in allen Wahlhandlungen, politische wie kommunale Wahlen, damit eine berufsmäßige Vertretung in allen Parlamenten vorhanden sei; 2. Schaffung einer berufsmäßigen Presse für die Verbreitung ihrer berechtigten Forderungen und Wünsche in weite Volkskreise und 3. enger Zusammenschluß aller Berufe in einer geschlossenen Organisation. Nur bei Erstrebung dieser drei Notwendigkeiten würde der Kaufmann und Handwerker wieder zu Ehren und Ansehen gelangen, hierzu gehöre, daß ein jeder für seine Organisation geldliche Opfer bringen müsse. Vorbildlich seien uns hierin die Arbeiter, die für ihre Organisationen große Summen aufbrächten. Reicher lang-

Nur ein Mädchen.

Eine einfache Erzählung aus dem Leben.

Von **B. von Winterfeld.**

Das war nun schon so lange her. Zwei Jahre war er nun fort. Er hatte ferne Länder und Meere, fremde Völker kennen gelernt; er hatte in das bunte Leben der großen Ozeandampfer geblickt und das sinnverwirrende Treiben der überseeischen Hafenstädte gesehen und die tiefe Einsamkeit des Urwaldes genossen, mit seinen unzähligen Wundern der Pflanzenund Tierwelt.

Wie oft hatten er und Lina als Kinder von all dem fernen Unbekannten geträumt und sich dahin gewünscht, um mit eigenen Augen zu sehen, wovon ihnen die Bücher sagten. Bei allem Schönen, Fremdartigen, Interessanten, das Heino begegnete, dachte er stets: Könnte sie es doch mit mir sehen! Wäre sie doch auch hier! Und immer wieder überkam ihn ein Gefühl großer Vereinsamung. An die Zukunft mochte er nicht denken. Anfangs hatte er zuweilen geschrieben, aber er schilderte nur die Reiseeindrücke und vermied alles Persönliche, der Gedanke, daß Franz nun wohl auch diese Briefe lesen würde, war ihm qualvoll, und so schwieg er bald ganz, und nur seinen Eltern und auch dem alten Grafen gab er hin und wieder kurze Nachrichten. Er selber war oft lange Zeit ohne ein Wort aus der Heimat, wenn er sich auf weiten Touren im Inlande oder wochenlang auf hoher See befand. Es war auch wohl besser so, sagte er sich. Die Wunde wurde nicht immer von neuem schmerzlich berührt.

Heute unter dem Rauschen der Palmen und des Ozeans traten alle die fernen lieben Bilder der Heimat so lebendig vor seine Seele, er wußte nicht, wie es kam, aber er faßte den Entschluß heimzukehren. Einmal mußte es ja doch sein. Die langen Seereisen, das warme Klima hatten seine Gesundheit sehr gekräftigt, und er fühlte sich körperlich so wohl, wie noch nie bisher. Er nahm sich vor, dem alternden Vater fortan bei der Bewirtschaftung seines Gutes treu zur Seite zu stehen und seiner Mutter den Lebensabend zu verschönen. Er wollte für sich nichts mehr begehren, nur in dem Glück anderer das eigene suchen.

Das Kanoe mit den dunklen Insassen war allmählich in der Ferne unter den auf und nieder hüpfenden Schaumkämmen verschwunden. Die Sonnenstrahlen funkelten und alikerten in dem sprühenden Gischt und leuchteten auf dem roten und blauen Gefieder eines Papagels, der sich graziös auf einer Lianenranke schaukelte; feiner Blütenduft erfüllte rings die feuchtwarme Atmosphäre. Heino schloß die Augen. Er überlegte seine Heimreise. Ueberstürzt brauchte ja nichts werden. Er wollte langsam zurückkehren, um sich allmählich an den Unterschied des Klimas zu gewöhnen. Er würde sich zunächst seine Briefe nach Kairo, später nach Genua bestellen und dann von dort aus seine Ankunft daheim anmelden. Es würde ja immer erst in einigen Monaten sein. Einstweilen hatten sie in Deutschland Winter, wenn der Sommer dort ins Land gezogen, hoffte er dort einzutreffen.

Er sprang auf und begab sich in seine Wohnung, um die Vorbereitungen zur Abreise zu treffen. Morgen ging ein Schiff nach Aden, das traf sich gut. Nun der Entschluß der Heimkehr bei ihm feststand, mußte er immerfort an sein Wiedersehen mit Lina denken.

„Hilf mir, mein Gott, stark zu sein, hilf mir überwinden. Laß nur sie glücklich werden!" seufzte er in wortlosem Gebet.

* * *

Im Waldsteiner Park summten die Bienen in den Lindenblüten, die Vögel sangen, und der klare Bach murmelte leise und geschäftig durch den blumigen Wiesengrund, an den blauen Glockenblumen vorüber, wie es schon vor Jahren gewesen, als Heino, Lina und Franz noch als Kinder an dem Ufer geplaudert hatten. Auf der Terrasse saß der alte Graf, und Lina reichte ihm den Kaffee. Die stattliche Gestalt schien gebeugter, und die runzligen Hände zitterten, als sie dem jungen Mädchen die Tasse abnahmen.

Lina war unverändert, noch immer von dem sanften Liebreiz umflossen, der sie so anziehend machte; nur ernster und reifer war der Ausdruck der feinen Züge geworden und die Wangen etwas schmaler und blasser, so daß die blauen Augen noch größer erschienen. Ein leichtes, weißes Kleid umfloß die schlanke Gestalt, und ein schwarzseidenes Band, das um die feine Taille geschlungen, zeigte noch die Halbtrauer um die greise Großmutter, die vor bald einem Jahr, über neunzigjährig, aus dieser Welt geschieden war.

Die Postsachen wurden gebracht. Ueber das zarte Gesicht des jungen Mädchens flog ein flüchtiges Rot. Sie erwartete immer etwas wie ein Lebenszeichen von Heino, und doch wurde ihre Erwartung immer enttäuscht. In den blauen Augen lag eine stete Sehnsucht, die Sehnsucht nach dem Freund ihrer Kindheit, dem Bruder. Ganz allmählich hatte sie zu ahnen begonnen, weshalb er so lange fernblieb, warum er nicht mehr an sie schrieb. Tief erglühend und mit zitterndem Herzen war ihr diese Erkenntnis gekommen und sie hatte plötzlich sein Benehmen bei ihrer Verlobung verstanden, und immer mehr stand es bei ihr fest, daß sie Franzens Frau nicht werden konnte. Immer und immer würde sie ja doch an den fernen Heino denken müssen, an ihn, der ihrem Herzen von Kindheit an am nächsten gestanden. Sie sagte sich auch, daß sie ihm alles gewesen, und daß die Großmutter sich geirrt haben mußte, wenn sie meinte, Lina würde einst dem Pflegebruder zur Last fallen. Nein, sie wußte es jetzt besser, sie würde Heino niemals eine Last sein! O, daß ihr diese Erkenntnis erst so spät kam!

Tief unglücklich war damals Franz gewesen, als sie ihn immer wieder um Aufschub ihrer Verbindung bat. Er willigte ein, immer noch zu warten, bis er endlich, verzweifelnd nach einem ganzen Jahr vergeblicher Liebesmühe, ihren Wunsch erfüllte und sie freigab. Sie empfand inniges Mitleid mit seinem Schmerz und war ihm aus tiefster Seele dankbar, wie er das Band löste, das sie doch niemals ganz und für immer hätte verbinden können. Wie eine große Erleichterung empfand sie es, als Franz sich für ein Jahr beurlauben ließ, um eine längere Reise in das Ausland anzutreten. Der alte Graf hatte zu den Vorgängen geschwiegen, und als er dann die Auflösung der Verlobung erfuhr, sagte er: „Um dein Lebensglück handelt es sich ja, Kind, du mußt wissen, was du tust," und als dann Franz abgereist war, schloß er sie innig in die Arme und flüsterte: „Der arme Junge tut mir leid! Aber es ist besser so für euch. Gott segne deinen Entschluß!"

* * *

Ueber ein Jahr war seitdem verflossen. Eine Zeit, die Vater und Tochter in stillem Frieden miteinander verlebt. Der Tod der alten Gräfin bot vor der Welt Grund genug, sich von dem Verkehr mit der Nachbarschaft zurückzuziehen. Lina lebte mehr denn je ihrem alten Vater und den Dorfbewohnern, denen ihre junge Gräfin über alles ging. Inzwischen waren sie auch auf Reisen gewesen. Der alte Herr hatte im letzten Sommer seinem Töchterchen die Schönheit Norwegens und im Frühjahr die malerischen Herrlichkeiten der Riviera gezeigt. Sie war entzückt von den neuen, ungeahnten Eindrücken, aber immer wieder hatte sie denken müssen: „Könnte doch Heino dies alles mit mir sehen."

Landwirtschaftliches.

Preußische Grundsteuer.

Der Preußische Landtag hat in seinen letzten Sitzungen vor den Weihnachtsferien den Gesetzentwurf über die Erhebung einer vorläufigen Steuer vom Grundvermögen in 2. Lesung im Plenum beraten. Die Beschlüsse der 2. Lesung liegen nunmehr vor (Drucksache 4100). Durch die Fülle und Überstürzung der Reichssteuergesetzgebung ist es zu erklären, daß die Steuergesetze der Länder in der Öffentlichkeit verhältnismäßig wenig Beachtung gefunden haben. Wenn es sich bei dem vorliegenden Gesetz auch nur um ein vorläufiges Gesetz handelt, liegt es dennoch im dringendsten Interesse des Grundbesitzes, diesem Gesetze noch vor seiner endgültigen Verabschiedung erhöhte Aufmerksamkeit zuzuwenden.

Als steuerbares Grundvermögen gelten die land- und forstwirtschaftlich oder gärtnerisch genutzten Grundstücke, auch einschließlich des lebenden und toten Inventars. Die Steuer beträgt jährlich 6 vom Tausend des Wertes. Als Wert gilt für landwirtschaftlich pp. genutzte Grundstücke das Achtfache des Ergänzungssteuerwertes für den Veranlagungsabschnitt 1917/19. Auf Einzelheiten des Gesetzes soll hier nicht eingegangen werden. Nur die für den Grundbesitz wesentlichen Punkte seien hervorgehoben:

Schuldner der Steuer ist zunächst der Eigentümer. Neben dem Eigentümer haftet als Gesamtschuldner der Pächter, der Eigentümer des lebenden und toten Inventars ist, im Verhältnis des Wertes des lebenden und toten Inventars zum Gesamtwerte. Diese Verteilung kann nicht als gerecht angesehen werden, da bei Verpachtungen mit eisernem Inventar der Verpächter Schuldner für den ganzen Betrag der Grundsteuer ist; während doch der Pächter das eiserne Inventar voll ausnutzt und dem Verpächter infolge der für diesen ungünstigen Pachtschutz-Gesetzgebung nur einen verhältnismäßig geringen Anteil am Reinertrage abtritt. Auch bei verkauftem Inventar dürfte die hier getroffene Regel unbillig sein, da der Pächter nur im Verhältnis des Inventarwertes zum Gesamtwerte haftet, während er aus Grund und Boden und Gebäuden meist verhältnismäßig wesentlich höhere Einnahmen erzielt als der Verpächter aus dem Pachterlöse.

§ 7 regelt die Zusammensetzung der Steuerausschüsse. Vorsitzender ist der Vorsteher des Katasteramtes. Die Mitglieder werden teils von dem Regierungspräsidenten ernannt, teils von der Kreisvertretung bzw. Gemeindevertretung gewählt. Die zu wählenden und die zu ernennenden Mitglieder müssen je zur Hälfte Grundbesitzer und Nicht-Grundbesitzer sein. In ähnlicher Weise werden gemäß § 8 die Berufungsausschüsse gebildet. Diese Art der Bildung der Ausschüsse führt zu rein parteipolitischer Zusammensetzung, die keine sachliche Arbeit gewährleistet.

Es muß hier verlangt werden, daß die Wahl durch die gesetzlichen Berufsvertretungen (Landwirtschaftskammer, Handelskammer usw.) erfolgt. Eine Ernennung von Ausschußmitgliedern nach dem freien Ermessen des Regierungspräsidenten dürfte überhaupt nicht stattfinden. Wenn diese Vorschrift Gesetz wird, könnten in Bezirken mit sozialistischer und kommunistischer Mehrheit, so wie wir es im Reiche erlebt haben, Arbeiter und Handwerker, die vielleicht ¼ Morgen Garten besitzen, als „Grundbesitzer" in den Steuerausschuß berufen werden.

Die wichtigste Vorschrift enthält § 20. Die Bedenken gegen die Erhebung der staatlichen Grundsteuer werden meist damit zurückgewiesen, daß es sich nur um eine verhältnismäßig niedrige Besteuerung seitens des Staates handelt. Diese staatliche Besteuerung bildet aber die Grundlage für die durch die Gemeinden zu erhebenden kommunalen Grundsteuern. § 20 gestattet nun den Gemeinden Zuschläge in unbegrenzter Höhe. Lediglich bei Zuschlägen über 200 % ist die Genehmigung der Aufsichtsbehörde erforderlich. Nach den zurzeit vorliegenden Nachrichten sind die Gemeinden in diesen Zuschlägen ganz außerordentlich weit gegangen. Zuschläge von 40 000, 60 000 % sind keine Seltenheiten; in einer Gemeinde werden sogar 170 000 % Zuschlag erhoben. Es ist keine Rede mehr davon, daß auf die Tragbarkeit der Steuer irgendwelche Rücksichten genommen werden. Jede Ausgabe wird in diesen Gemeinden einfach durch Erhöhung der Zuschläge zur Grundsteuer gedeckt. Es ist daher unbedingt erforderlich, daß eine Höchstgrenze für die gemeindlichen Zuschläge gesetzlich festgesetzt wird. Zum mindesten muß aber bei Zuschlägen über 200 % die Genehmigung durch die beteiligten Minister vorgeschrieben werden, damit der Landtag die Möglichkeit hat, sich mit der Finanzgebarung derartig wirtschaftender Gemeinden näher zu befassen. Es ist auch zu fordern, daß die autonomen Grundwertsteuer-Ordnungen der Gemeinden in Anlehnung an den § 20 des vorliegenden Gesetzentwurfes einer Revision unterzogen werden müssen.

Die Grundsteuer belastet den Ertrag des Grundstückes; sie wird aus dem Ertrage bezahlt. Es muß daher gefordert werden, daß, um die Steuer überhaupt ertragbar zu machen, die auf dem Grundstücke lastenden Schulden abzugsfähig sind. Es ist anzunehmen, daß noch im Januar die endgültige Verabschiedung des Gesetzes erfolgt. An alle diejenigen, welche im Landtag den Grundbesitz zu vertreten haben, sei daher in letzter Stunde nochmals die dringende Mahnung gerichtet, für die im Vorstehenden gekennzeichneten Forderungen der Landwirtschaft einzutreten. — Es sei auch darauf hingewiesen, daß der landwirtschaftliche Grundbesitz bereits mit einer Ausnahmesteuer, der Getreideumlage, belastet ist, mithin schon hierdurch für die Allgemeinheit eine nur ihn allein treffende Ausnahmesteuer zu tragen hat.

Ein starker Erfolg.

Die außerordentliche Generalversammlung der Bank für Landwirtschaft Aktiengesellschaft am 5. Januar beschloß entsprechend den Anträgen der Verwaltung die Erhöhung des Kapitals von 150 000 000 Mark auf 1 000 000 000. Wie der Vorsitzende des Aufsichtsrates, Herr Dr. Roesicke, mitteilte, ist die gesamte Kapitalerhöhung mit Ausnahme von 150 000 000 Mark, die mit 25 %iger Einzahlung zur Verfügung von Kreisen bleiben sollen, die der Gesellschaft nahestehen, durch überaus zahlreiche Einzelzeichnungen aus allen Kreisen der Landwirtschaft und ihrer Freunde bereits gedeckt, sogar überzeichnet. Daher tritt auch das für die Übernahme der Aktien i. Aussicht genommene Konsortium befreundeter Banken zunächst nicht in Erscheinung.

Da die unerwartet hohen Vorzeichnungen, die das Vertrauen der Landwirtschaft zu dem Institut bekunden, die beabsichtigte Kapitalserhöhung decken, kommt die Übernahme der Aktien durch ein Bankenkonsortium nicht in Frage. Der Vorsitzende sprach den Banken, die die Bildung eines solchen Konsortiums in Aussicht gestellt haben, den Dank der Gesellschaft aus und betonte die Hoffnung, daß die Bank bei der späteren zurzeit nicht vorauszusehenden Entwicklungen auf deren gleiche Bereitwilligkeit, in ein zu bildendes Konsortium einzutreten, rechnen könne.

Nach dem gegebenen Bericht entwickelt sich das Geschäft in der Zentrale und in den 17 Filialen der Gesellschaft günstig. Das erhöhte Kapital wird für den weiteren Ausbau der angeknüpften geschäftlichen Beziehungen benötigt. Es wird auf ein gutes Erträgnis für das Geschäftsjahr 1922 gerechnet.

Die außerordentliche Generalversammlung beschloß die Zuwahl der Herren: Konsul Ernst Röchling (Duisburg), Direktor Hermann Waßmannsdorff (Berlin) und Hugo Greffenius, Dr.-Ing. h. c. (Frankfurt a. M.) in den Aufsichtsrat.

Mehr Sachlichkeit!

Ein Freund des Reichs-Landbundes sendet dankenswerterweise einige typische Behauptungen ein, wie sie erfahrungsgemäß in kommunistischen Versammlungen zur Hetze gegen die Landwirtschaft aufgestellt werden. Er teilt mit:

1. Die Agrarier (es wird immer nur vom Agrarier und Großagrarier, niemals vom Bauern gesprochen) treiben immer mehr extensive Wirtschaft, machen Kornland zu Wiesen und treiben Viehzucht, weil ihnen das noch größere und leichtere Profite einbringt.

2. Milliarden- und Abermilliarden-Profite stecken die Agrarier allein aus dem Brotgetreide ein und wollen nicht einmal die viel zu geringe Getreideumlage zu einem etwas weniger hohen Preise hergeben. Deshalb muß die gesamte Getreidewirtschaft wieder unter Zwangswirtschaft gestellt werden.

3. Der Kartoffelwucher schreit zum Himmel; die Erzeugungs- und Verkaufspreise stehen in keinem Verhältnis zueinander. Daß Kartoffeln von ihnen viel billiger geliefert werden könnten, wird dadurch bewiesen, daß, wie aus vielen Notizen in ihrer Presse hervorgeht, sie ihren Parteifreunden und sonstigen Gesinnungsgenossen die Kartoffeln um die Hälfte und für noch weniger liefern. Die Agrarier lassen die Kartoffeln lieber erfrieren und verkaufen sie dann an die Brennereien mit noch größerem Nutzen.

Zu 1: Eigentlich braucht nicht erneut festgestellt zu werden, daß die Landwirte gegen ihren Willen zur extensiven Wirtschaft abgedrängt werden. Sie hatten in den Landbünden ein großes Erzeugungsprogramm aufgestellt mit dem Ziel, alle Teile ihres Betriebes zu immer intensiverer Kultur emporzuheben, um so den inländischen Bedarf aus heimischer Scholle decken zu können. Sie nahmen an, mit den übrigen Berufsständen würde die Regierung freudig in die ihnen entgegengestreckte arbeitsfrohe Hand einschlagen, wie das dem Vorteil der Gesamtheit entsprochen hätte. Wider Erwarten ist aber unter dem Druck der Straße die Getreideumlage erneuert worden. Das bedeutet, daß der Landwirt vorerst gezwungen wird, seinem Intensivierungsvorhaben zu entsagen und der extensiven Wirtschaft, ob auch mit innerer Abneigung, Zugeständnisse zu machen. Kein Städter, auch kein Kommunist in der Haut der Landwirtschaft könnte anders handeln, ohne bewußt dem Bankrott entgegenzutreiben.

Zu 2: Wenn es wahr wäre, daß die Agrarier allein aus dem Verkauf von Brotgetreide Milliardenprofite einheimsen, dann würde in diesen Zeiten, deren Ungunst auf jeden einzelnen lastet, eine wahre Massenabwanderung aus den Städten auf das platte Land längst eingesetzt haben. Aber an den Milliardenmärchen der Kommunisten ist ja kein wahres Wort. Die Statistik lehrt einwandfrei, daß nach Abzug des Saatgetreides, der Deputate usw. bei dem Ausfall der jüngsten Ernte in der erdrückenden Mehrzahl der landwirtschaftlichen Betriebe kein Getreide zum Verkauf am freien Markt übrigbleibt.

Zu 3: Selbst sozialdemokratische Zeitungen erklären, daß sich gegenwärtig die Kartoffelpreise in erfreulich niedrigen Grenzen halten. Sie geben damit wider Willen zu, daß entgegen ihren wirtschaftspolitischen Forderungen die freie Wirtschaft zu starker Vermehrung des inländischen Anbaues geführt hat und daß dabei insbesondere der Verbraucher vorteilhaft abschneidet. Wo aber alles Dumme und Erlogene zusammengetragen wird, darf auch die Behauptung nicht fehlen, die Agrarier lassen ihre Kartoffeln mit Vorbedacht erfrieren, um sie dann mit höherem Nutzen an die Brennereien zu verkaufen. Es ist schon wiederholt ausgesprochen worden, daß ein Landwirt, der seine Kartoffeln absichtlich erfrieren ließe, noch in der gleichen Woche von seinen Berufsgenossen ins Irrenhaus gebracht würde.

Aus dem Gerichtssaal.

§ Vernotat gesteht. Aus Berlin wird berichtet: Im Prozeß gegen den wegen zahlreicher Diebstähle angeklagten „Gentlemanverbrecher" Vernotat trat eine überraschende Wendung ein. Der Hauptangeklagte ließ nämlich durch seinen Verteidiger erklären, daß er ein Geständnis ablegen wolle. Der Verteidiger führte dann aus, daß „Direktor" Vernotat ein Doppelleben geführt habe. Er sei am Tage ein viel beschäftigter Geschäftsmann gewesen, und abends sei er auf Einbruch ausgegangen. Dabei habe ihn nicht Gewinnsucht getrieben, sondern eine Art krankhafte Veranlagung. Er und der Mitangeklagte Kaminski hätten gewissermaßen einen Sport ausgeübt und bei ihren Einbrüchen das Gefühl gehabt, das der Sportsmann bei bedeutsamen sportlichen Leistungen empfinde. Der Verteidiger beantragte schließlich Vertagung des ganzen Prozesses. Diesem Antrage trat der Staatsanwalt entschieden entgegen, indem er erklärte, daß es nicht schwer sei, hinterher zu behaupten, Vernotat habe die Einbrüche nur sportsmäßig verübt. Es handle sich seiner Ansicht nach bei Vernotat um den Typ des gewohnheitsmäßigen Verbrechers. Die Verhandlung wurde darauf weitergeführt.

§ Ungetreue Postbeamte. Vor einer Berliner Strafkammer hatten sich die Hilfsbeamten Skobell und Wollang wegen Urkundenfälschung zu verantworten. Sie hatten Einschreibebriefe mit hohen Beträgen unterschlagen und die Belege für die Einschreibesendungen in äußerst geschickter Weise gefälscht. Die Reichspost ist durch diese Fälschungen um Millionen geschädigt worden. Während der Vertreter der Anklage eine strenge Bestrafung der Schuldigen beantragte, nahm das Gericht nur einfache Urkundenfälschung ohne Absicht der Vermögensschädigung an und verurteilte die Angeklagten nur zu je zwei Monaten Gefängnis.

Berlin, 15. Jan. An der heutigen Frühbörse notierte der Dollar 10 800.

Der Bezugspreis dieser Zeitung beträgt für den Monat Januar 450,— Mk. ohne Bestellgeld. — Im Falle von Betriebsstörungen, Streik, Aussperrung usw. können Bezieher und Inserenten keine Ersatzansprüche geltend machen.

Schriftleitung: Wilhelm Bell, Halver i. Westf.

Danksagung.

Für die vielen Beweise herzlicher Teilnahme bei dem Heimgange unserer lieben

Hildegard

sowie für die trostreichen Worte des Herrn Pastor D. Dresbach sagen wir allen unsern innigsten Dank.

Familie J. Rohler.

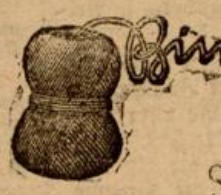
Halver, den 15. Januar 1923.

Habe stets auf Lager:

Herren-Paletots	Damen-Kleider
Herren-Anzüge	Damen-Mäntel
Loden-Jacken	Kostüm-Röcke
gestreifte Hosen	Blusen usw.

Paul Schulte,
Halver-Obernherweg.
1894

(Staatsmedaille gold. Ausstellungspreise)
Pianos Flügel - Harmoniums
Verkauf an Private.
Roth & Junius
Hof-Piano- und Flügelfabrik
Hagen i. W.
Bahnhofstraße 29.
Filiale: Berlin Hardenbergstr. 14.
NB. Eintausch und Ankauf von gebrauchten Instrumenten Stimmungen und Reparaturen.


Bindfaden
in vorzügl. reißfester Qualität liefert zu vorteilhaften Preisen an den Großhandel und die metallverarbeitende Industrie


August Liese,
HAGEN i. W.
Papier- u. Packmaterialien-Großh.
= Fernsprecher Nr. 3948. =

Alle Familien-Nachrichten
die zur Kenntnis weitester Kreise kommen sollen, finden durch den
Allgemeinen Anzeiger
und
Schalksmühler General-Anzeiger
die denkbar beste Verbreitung.

Automobil-Lackierungen Polsterungen, Karosserie, Reparaturen und Umänderungen, Verdecke - Kotflügel - etc.
W. Röhle, Hagen
Rehstraße 27 Telefon 406 (Herres).
1576 Goldene u. silberne Medaillen. Größte helle Werkst. f. ca. 30 Wagen.
Feinste Referenzen d. erst. Herrschaften

Bienenpferd-Milch-Seife
die beste Kinderseife
Zu haben bei: 2163
Drogerie Carl Menke, Halver, Frankfurterstraße.
Herm. Köster, Galanteriewaren, Halver.

Gegen sofortige Barzahlung suchen wir
Nadelholzbestände
aller Art zum Selbstabtrieb, sowie geschlagene Holzbestände zu kaufen
Nörtemann & Co., Holzhandlung, Hagen i. W.
1969 Fernruf 1897 und 3965.

Erhalte in den nächsten Tagen einen Waggon
Ammoniak-Superphosphat.
Bestellungen nehme entgegen
Albert Herdepe, Halver.
Telefon 40.

Ziegenzucht Haupt-Verein Halver. e. V.
Am Sonntag, den 21. Januar, nachm. 5 Uhr im Faßbender'schen Lokale
Generalversammlung.

Tüchtiger
Werkzeugschlosser
für sofort gesucht.
Casp. Arn. Winkhaus,
Carthausen.
Fabrik elektr. Beleuchtungsapparate.

Einige Wagen
Asche
hat gratis abzugeben
Wilh. Eckmann,
Halver.

Tannenpflanzen
verschulte, sowie
Eichenpflanzen
hat abzugeben
Forstkulturgeschäft
W. Werner,
Kotthausen, (Rhld.)
Nähe Bahnhof.

Haubners
landwirtschaftl. Tierheilkunde
vorrätig.
Wilh. Bell jr.,
Halver.